



Dr. Wolfgang Stefinger
Mitglied des Deutschen Bundestages



**Bayerischer
Landtag**

**Abgeordneter
Markus Blume**

P R E S S E M I T T E I L U N G

Transparenz und Bürgerbeteiligung bei Standortsuche nach Flüchtlingsunterkünften gefordert

MdB Dr. Stefinger und MdL Blume wenden sich mit Brandbrief an OB Reiter

München, 15. September 2014

Die Stadt München steht – wie ganz Bayern und der Bund – vor gewaltigen Aufgaben, um die aktuelle Flüchtlingswelle aus den Krisengebieten der Erde zu bewältigen. Um die grundsätzliche Akzeptanz von neuen Unterbringungseinrichtungen im eigenen Stadtviertel und auch das bürgerschaftliche Engagement zur Begleitung von Asylbewerbern vor Ort nicht zu gefährden, fordern die Abgeordneten des Münchner Ostens Markus Blume (Landtag) und Dr. Wolfgang Stefinger (Bundestag) Oberbürgermeister Dieter Reiter in einem offenen Brief auf, dies nicht durch Planlosigkeit, mangelnde Transparenz oder gar Falschinformationen durch die verantwortlichen Stellen in der Stadt zu gefährden.

Aus den Medien konnten Blume und Stefinger in den vergangenen Tagen entnehmen, wo in ihrem Stimm- bzw. Wahlkreis im Münchner Osten neue Unterkunftsanlagen für Asylbewerber und Flüchtlinge geplant sind. Eine persönliche Information der gewählten Volksvertreter oder gar die Gelegenheit zur Mitsprache – Fehlanzeige. In der Stadtverwaltung regiere längst Panik und Hektik. Das sei einerseits verständlich, andererseits aber grundfalsch: „Nie ist Kommunikation wichtiger als in solchen Krisen“, betonen die Abgeordneten. In einem Brandbrief schlagen Blume und Stefinger deshalb nun Alarm.

Sie kritisieren die mangelnde Transparenz bei der Standortwahl von neuen Unterkünften, die fehlende Bürgerbeteiligung und die nicht vorhandene Einbindung örtlicher Mandatsträger in die Entscheidungen. Und, Sie wehren sich gegen eine Konzentration der Anlagen im Münchner Osten, wo laut den bekannt gewordenen Planungen der Großteil der neuen Unterkunftsanlagen geschaffen werden soll. Offiziell bestätigt wurden nämlich bereits Vorhaben für die Standorte Im Gefilde (Waldperlach), Josef-Wild-Straße (Messestadt), Nailastraße (Perlach Süd), Neumarkter Straße (Berg-am-Laim), Wasserburger Landstraße (Trudering), Wofelrstraße (Ramersdorf). Weitere Standorte in Bogenhausen und Trudering sind zusätzlich im Gespräch. Dabei handle es sich insgesamt fast durchweg um Anlagen in einem Größenmaßstab von 250 bis 300 Personen, der selbst früheren Standards des Sozialreferats widerspreche und mit dem münchenweit kaum Erfahrungen bestünden. Blume und Stefinger bezeichneten dies übereinstimmend als inakzeptabel.

Wahlkreisbüro
Dr. Wolfgang Stefinger, MdB
Am Eicherhof 16
81929 München

wolfgang.stefinger@bundestag.de
www.wolfgang-stefinger.de

Stimmkreisbüro
Markus Blume, MdL
Schneckestr. 6
81737 München

post@markus-blume.de
www.markus-blume.de

Dr. Wolfgang Stefinger, MdB: „Es ist völlig undenkbar, wenn in den Stadtbezirken 14, 15 und 16 – zusätzlich zu den bestehenden Einrichtungen und der geplanten Erstaufnahmeeinrichtung in der Messestadt – wie im Moment geplant, knapp ein Drittel aller Plätze für die Wohnungslosen-Unterbringung und beinahe zwei Drittel aller Kapazitäten zur Unterbringung von Asylbewerbern geschaffen würden.“

Markus Blume, MdL: „Diese Massierung von Anlagen im Münchner Osten würde dem Gerechtigkeitsempfinden der örtlichen Bürgerschaft entgegenstehen und damit auch die notwendige Akzeptanz massiv gefährden, insbesondere wenn man sich vor Augen führt, dass eine ausgewogene, der jeweiligen sozialen Leistungsfähigkeit angepasste Verteilung von Flüchtlingen und Asylbewerbern eine gesetzlich niedergelegte Selbstverständlichkeit ist.“

Der Oberbürgermeister wird daher aufgefordert, das gesamte Vorgehen nochmals zu überdenken. Blume und Stefinger treten ein für transparente Auswahlprozesse für Standorte, die nochmalige Überprüfung bereits ausgeschiedener Gewerbeimmobilien in umgebungsverträglichen Lagen und die Definition einer Belegungsobergrenze von maximal 200 Bettplätzen pro Standort. Um eine ausgewogene Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Münchens zu gewährleisten, fordern die beiden eine „Münchner Unterbringungsformel“. Es sei nicht einzusehen, dass bundes-, landes- und bezirkswweit Flüchtlinge nach Quoten verteilt würden, nur in München käme das nicht zur Geltung.

„Mit unserem Schreiben an den OB wollen wir bei vollkommener Anerkennung der dramatischen Sachlage die Empfindungen, Fragen und Sorgen zahlreicher Bürgerinnen und Bürger wiedergeben. Wir fordern daher den OB auf diese ernst zu nehmen und die entsprechenden Prozesse und Verfahren zu optimieren.“, erklären Blume und Stefinger.

Wünschenswert wäre es, so die beiden Abgeordneten, einen intensiven Dialog zwischen Gesellschaft, Politik und Verwaltung zu starten, der die Notlage der Flüchtlinge und Asylbewerber ebenso in den Blick nimmt wie die Interessen und Anliegen der Bürgerschaft.